

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

220

Wien, am Freitag, den 10. Juni 1927. (Dritte Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 10. Juni 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet nach fünf Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat tritt sofort in die Verhandlungen ein. Nach einem Referat des Gemeinderates Schütz (soz. dem.) über die Abänderung und Ergänzung des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplanes für das Gebiet zwischen der Hofwiesengasse, der Feldkellerkasse, der verlängerten Berghaidengasse und Fasangartengasse in Hietzing und über die Festlegung des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplanes in Ober Sankt Veit, Einsiedlergasse und Würtzenberggasse werden die diesbezüglichen Anträge ohne Debatte angenommen. Gemeinderat Schütz ersucht weiters die Abänderung des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplans für das Gebiet zwischen der Heiligenstädterstrasse, Grinzingerstrasse und Franz Josefsbahn zuzugestimmen.

G.R. Dr. Hengl (E.L.) bemängelt, dass schon im Jahre 1925 die Gärten von diesem Platz evakuiert wurden und heute erst der Generalregulierungsplan abgeändert wird. Solche unglaubliche Verspätungen kommen aber sehr oft vor. In Grinzing hat ein Weinbauer schon im Jahre 1924 um eine Baubewilligung angesucht. Der Mann wird aber bis heute mit Schikanen gehalten. Zum Antrag selbst wirft der Redner die Frage auf, ob es nicht besser gewesen wäre, die Strassen dann näher zur Stadtbahn zu verlegen als sie auf der Heiligenstädterstrasse weiterzuführen.

G.R. Schütz erwidert, dass die Gemeinde die Pachtverträge mit den Gärtnern friedlich löste, aber die Verhandlungen darüber schon rechtzeitig durchgeführt werden mussten. Die Umlegung der Strassenbahn von der Heiligenstädterstrasse näher zur Stadtbahn wäre mit ungeheuren Kosten verbunden.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Schütz referiert weiters über die Aufhebung des Parkschutzgebietes auf dem Neubaugürtel zwecks Errichtung einer öffentlichen Benzinzapfstelle der Vacuum Oil Company.

G.R. Müller (E.L.) erklärt, dass bei Aufstellungen von Benzinzapfstellen des öfteren sonderbare Verhältnisse zu Tage treten. Gerade bei der Aufstellung dieser Benzinzapfstelle ist des starken Verkehrs auf dem Neubaugürtel wegen die grösste Vorsicht geboten. Er wünscht in dem diesbezüglichen Referat eine genaue Ortsangabe, damit es jedem Gemeinderatsmitglied möglich sein kann, sich über den in Aussicht genommenen Aufstellungsplatz einer Benzinzapfstelle zeitgerecht zu informieren.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Schütz beantragt die Genehmigung der Festsetzung von Strassenhöhen für das Siedlungsteilgebiet am Weifersberg. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen. Derselbe Referent ersucht ferner um die Genehmigung der Baulinienabänderung und Baubewilligung für den Wohnhausbau in der Währingerstrasse-Weinhausergasse-Inozenz Langgasse. Einheitsliste werden mit Rücksicht auf diese Vorkommnisse nicht für den Antrag stimmen.

Nach einem kurzen, aufklärenden Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen.

G.R. Schütz referiert dann noch über die Baulinienabänderung an der Ecke der Meidlinger Hauptstrasse und Wilhelmstrasse, die auf eine Anregung der Meidlinger Bezirksvertretung zurückzuführen ist.

G.R. Seitz (E.L.) begrüsst den Antrag und wünscht, dass die Abänderung der Baulinie ehebaldigst durchgeführt wird. Auch wäre es im Interesse des Verkehrs sehr notwendig, ehebaldigst die Baulinie in der Meidlinger Hauptstrasse von den Häusern Nummer 8 bis Nummer 18 durchzuführen.

Nach dem Gemeinderat Schütz erklärt hatte, dass bezüglich der vom Gemeinderat Müller gewünschten Baulinienänderungen die Gemeinde Wien schon Verhandlungen pflegt, wird der Antrag angenommen.

G.R. Schütz beantragt der Gemeinde Wien-städtischen Baustoffwerke zur Errichtung von vier Flugdächern und eines Kreistransporteurs an der Laaerstrasse in Favoriën die Baubewilligung zu erteilen.

G.R. Biber (E.L.) ersucht um Ergänzung des Referates, um klarzustellen, wozu die ganze Anlage eigentlich gehört.

G.R. Schütz teilt mit, dass die Anlage eines Kreistransporteurs zur Ziegebeförderung gehört.

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Siegel ersucht den Gemeinderat um Zustimmung, dass das Bezugsrecht bei der von der Steinag A.G. geplanten Kapitalserhöhung von 240.000 Schilling auf 1.200.000 Schilling durch Uebernahme von 34.908 neuen Aktien zu zehn Schilling ausgeübt werden kann. Dazu ist ein Kredit von 349.080 Schilling und ein Spesenbeitrag von 10.472 Schilling notwendig.

G.R. Biber (E.L.) stellt an den Referenten die Anfrage, wie gross das Bezugsrecht einer alten Aktie ist, ob die Steinag eine profitable Wirtschaft betreibt, wie gross der Tageswert einer alten Aktie ist, wie es mit dem Majoritätsverhältnis steht, wie gross der Aktienbesitz der Gemeinde ist und warum wenigstens nicht die wichtigsten Daten der vorjährigen Bilanz bekannt gegeben worden sind. Er bemängelt, dass bei öffentlichen Ausschreibungen die Gemeinde Wien Unternehmungen, an denen sie beteiligt ist, bevorzugt, was zu Monopolstellungen solcher Unternehmungen führe. Er bringt ferner zur Sprache, dass die Gemeinde Wien im Vorjahr mit der Steinag einen Vertrag auf Lieferung von fünfzehn Millionen Ziegel getätigt und die Lieferung mit 350.000 Schilling angezahlt habe. Die Steinag war nicht in der Lage, den Vertrag zu erfüllen. Sie hat schliesslich sogar den Ziegeleibetrieb eingestellt. Dann hat die Steinag der Gemeinde Wien den Antrag gemacht, den Vertrag bezüglich der Lieferung von restlichen dreizehn Millionen Ziegel zu stornieren und ihr einen neuen Auftrag auf fünfzehn Millionen Ziegel zu geben. Die Gemeinde hat diesen Vorschlag glatt angenommen, obwohl die Ziegel um zehn Prozent höher in Rechnung gestellt wurden. Das Entgegenkommen, dass die Gemeinde Wien der Steinag bewiesen hat, wird aber nicht auch anderen Unternehmungen entgegengebracht. Wenn andere Unternehmungen Verträge nicht einhalten können, müssen sie oft ein hohes Sühngeld bezahlen. Das ist ein Unrecht und solange dieses Unrecht besteht, kann die Opposition für den Antrag nicht stimmen.

St.R. Siegel erklärt, dass die Gemeinde Wien an der Steinag mit 35 Prozent beteiligt ist. Der Aktienbesitzstand bleibt unverändert und der Spesenbeitrag ist für die Neuanschaffung von Drucksorten notwendig. Zu den Ausführungen des Vordredners erklärt er, dass die Gemeinde Wien schon vielen Unternehmern ohne Sühngeld aus Verträgen herausgelassen habe. Der Vertrag mit der Steinag musste seinerzeit storniert werden, weil die Erfüllung des

Zu dem Antrag spricht Gemeinderat Holaubek der bemängelt, dass bei diesem Wohnhausbau eine schon bis zum ersten Stockwerk aufgeführte Frontmauer bis zur Parterredecke wieder abgetragen werden musste, was in der Nacht geschah. Man hat einfach um zwanzig Zentimeter hinaus die Baulinie überschritten. Auch die Paterrdecke wurde schliesslich wieder abgetragen, da man vergessen hatte, die Träger für die Balkone einzubauen. Für solche schleuderhafte Arbeiten muss dann die Wohnbausteuer herhalten. Die Mitglieder der

Vertrages die Steinag ruiniert hätte. Die Vorauszahlung von 350.000 Schilling stand unter der Garantie einer Grossbank. Bezüglich der erwähnten Bevorzugung von Firmen, an denen die Gemeinde Wien beteiligt ist, stellt Stadtrat Siegel fest, dass es vom kaufmännischen Standpunkt richtig sei, auf Firmen an denen man beteiligt ist, Rücksicht zu nehmen.

Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte wird ein weiterer Antrag des Stadtrates Siegel angenommen, das städtische Strandbad Apte Donau zu erweitern und eine gedeckte Veranda mit anschliessender Küchen- und Abortanlage zu errichten. Die Kosten betragen 44.000 Schilling. Weiters wird ohne Debatte der Antrag des Stadtrates Siegel angenommen, dem Ausgleich der strittigen Verpflichtungen zwischen dem österreichischen Bundesschatz und der Gemeinde Wien wegen des Durchbruches der Akademiestrasse zuzustimmen.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Siegel referiert nun über die Neuanlage eines Wasserparkes zwischen der Floridsdorfer- und Nordbahnbrücke einerseits und zwischen dem Ueberschwemmungsdamm und der Strasse an der Oberen alten Donau andererseits. Dafür ist ein Kredit von 160.000 Schilling zu bewilligen.

Vizebürgermeister Hoss (E. L.) begrüsst die Errichtung der Parkanlage. Er gibt aber zu bedenken, dass nach einem Hochwasser, die alte Donau immer ansteigt und es zwei, dreimal während eines Jahres vorkommt, dass gerade der grösste Teil des Gebietes, das für den Park in Aussicht genommen ist, überschwemmt ist.

G. R. Kärber (E. L.) verlangt, dass endlich die Mistablagerungsstätte am Bruckhaufen aufgelassen wird. Der Wasserpark hat gar keinen Sinn, weil der Staub von dieser Mistablagerungsstätte vom Wind hineingetragen werden wird. Die Bevölkerung wünscht, dass diese Miststätte aus dem Weichbild der Stadt verschwindet. Man kann sie ohne weiters in das Marchfeld verlegen, weil solche Entfernungen bei Autobetrieb keine Rolle spielen. Dort könnte auch ein Teil des Kehrriechts als Dünger verwendet werden.

St. R. Siegel erwidert, dass die Fachleute den Grundwasserstand genau untersucht haben und alle Befürchtungen der Minderheit unbegründet sind. An eine Verlegung der Kehrriechtablagerungsstätte am Bruckhaufen sei derzeit nicht zu denken, weil die geeigneten Plätze nicht vorhanden sind.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Siegel beantragt die Umwandlung eines Teiles des Schmelzer Friedhofes in eine Gartenanlage. Die Kosten betragen rund 100.000 Schilling. Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

St. R. Siegel ersucht um Genehmigung der Pläne und Baubewilligung für Wohnhausanlagen in Heiligenstadt und auf der Landstrasse.

G. R. Dr. Hengl (E. L.) bemängelt, dass der Stadtsenat für den Bau in der Heiligenstädterstrasse bereits drei Milliarden bereitgestellt hat. Durch diese Projekte werden in Döbling nahezu 1200 Wohnungen gebaut und muss verlangt werden, dass diese Wohnungen in erster Linie Familien aus Döbling bekommen, die mit eins qualifiziert sind. Es bekommen oft Familien aus den Bundesländern Wohnungen, während die Döblingen nicht berücksichtigt werden.

G. R. Dirisamer (E. L.) begrüsst es, dass die neuen Projekte eine bessere Bauweise aufzeigen. Bis jetzt hatten die Bewohner der Gemeindehäuser oft Brechtigen Grund zur Klage. Im Hanusch-Hof ist kürzlich ein korpulenter Mann gestorben. Es war unmöglich den Toten mit der Tragbahre über die Stiege zu bringen, weil sie zu eng war. Man musste die Leiche in ein Leintuch geben und so hinunterbefördern.

G. R. Binder (E. L.) fragt, ob es richtig sei, dass die Firmen auf den städtischen Bauten ausländische Arbeiter verwenden. Insbesondere ausländische Erdarbeiter sollen beschäftigt sein.

G. R. Biber (E. L.) bezeichnet das Bauvorhaben in der Heiligenstädterstrasse als eines der grössten, das bisher von der Gemeinde vorgelegt wurde. Die Gesamtlänge dieser Baustelle ist einen Kilometer. Die Baukosten betragen dreissig Millionen Schilling. Die Wohnung kommt durchschnittlich dort auf 24.000 Schilling zu stehen, während jetzt das Bauamt immer nur von 13.000 Schilling berichtet hat, die eine Gemeindewohnung im Durchschnitt kostet. Ganz aussergewöhnlich werden auch die Höfe in dieser Anlage behandelt. Es gibt dort Höfe, die zehn bis fünfzehntausend Quadratmeter gross sind. Das sind keine Haushöfe mehr, sondern schon öffentliche Anlagen. Es handelt sich hier um eine neue Type, um eine Entwicklung die zu begrüessen ist und eine Abkehr von dem Zinskasernen bedeutet. Es ist auch zu begrüessen, dass bei diesem Projekt man sich mit einer dreistöckigen Verbauung zufrieden gibt. Zweifellos ist dies alles ein Erfolg des Städtebautages. Freilich, so lange die Minderheit in diesem Saale auf die schlechte Bauweise der Gemeinde aufmerksam gemacht hat hat dies nichts genützt. Der Städtebautag hat Sie doch gezwungen von der früheren Bauweise Abstand zu nehmen. Bemängelt werden muss, dass die Arbeiten nur an die Firma Grundstein vergeben worden sind. Es muss verlangt werden, dass so grosse Baustellen auf einige Firmen aufgeteilt werden. Man hat hier gar keine öffentliche Offertauschreibung vorgenommen, sondern mit der Begründung, dass der Grundstein in der Nähe ein ganz kleines Häusli gebaut hat, dieser Firma auch den neuen Riesenbau übertragen. Es ist dies ein Auftrag von rund 77 Millionen Schilling. Wenn dann in der Öffentlichkeit von Projektion geredet wird, dürfe man sich nicht wundern. (Beifall)

St. R. Siegel entgegnet, dass im Hanusch-Hof die Stiegen einen Meter zwanzig Zentimeter breit sind, was allgemein genügt. Ausländische Arbeiter werden auf keinem Gemeindebau beschäftigt, das wird sehr genau von der Industriellen Bezirkskommission und auch von den Arbeitern selbst kontrolliert. Die Kosten, die auf eine Wohnung in der Anlage Heiligenstädterstrasse entfallen, sind deshalb höher, weil hier 77 Prozent der Baufläche für Gartenanlagen, Wäschereien, Bäderanlagen, Kindergärten usw. verwendet werden, die natürlich alle die einzelne Wohnung belasten. Je geringer die Baufläche ausgenützt wird, desto teurer stellt sich die einzelne Wohnung. Dazu kommt noch, dass dort der Baugrund sehr tief liegt und nicht weniger als sieben Milliarden Kronen Anschüttungskosten entstanden sind. Die Gemeinde hat gewiss vom Städtebautag viele Anregungen empfangen, aber dieser Bau hat damit nichts zu tun. Ueberall, wo unverbautes Gebiet ist, geht die Gemeinde über die dreistöckige Verbauung nicht hinaus. Im verbauten Gebiet muss sie sich selbstverständlich nach der Bauordnung und den anschliessenden Häusern richten. Die Vergabung der Arbeit an den Grundstein erfolgte vollständig in Ordnung. Der Fall ist nicht vereinzelt. Es wurde auch die grosse, 7000 Menschen ein Obdach bietende Anlage Sandleiten an eine einzelne Baufirma vergeben. Auch hier wurde der Bestbieter berücksichtigt. In allen Fällen wird in erster Linie das Interesse der Gemeinde gewahrt. (Beifall)

Die fünf Bauprojekte werden genehmigt.

St. R. Siegel beantragt die Genehmigung eines Mehrererfordernisses von zehn Millionen Schilling für die beschleunigte Durchführung der Wohnhaus- und Siedlungsbauten.

G. R. Kunschak (E. L.): Meiner gefühlsmässigen Anschauung sind diese zehn Millionen eine budgettechnische Massnahme, um den grossen Ueberschuss des Jahres 1926 zu verkleinern. Ich habe dafür wohl keinen Beweis, aber ich sehe auch nicht den Gegenbeweis in einem verstärkten Fortschritt bei den städtischen Wohnbauten.

Bei dieser Gelegenheit bespricht Redner neuerdings ausführlich

die Finanzierung der städtischen Wohnhausbauten. Stadtrat Weber hat hier im Gemeinderat behauptet, dass die Sozialdemokraten in Deutschland auf dem Gebiet des Wohnungsbaues jetzt schon das machen, was in Wien geschieht. Das ist ganz unrichtig. Die Gemeinden bauen in Deutschland nur um das Wohnbedürfnis der Kommunalbeamten zu befriedigen. Im Übrigen fördern sie die private Bautätigkeit, natürlich nicht die spekulative Bautätigkeit, sondern die private Bautätigkeit im dem Sinne, dass sie Siedlern und für den Bau von Einfamilienhäusern Kredite bis zu achtzig Prozent mit einer nur vierprozentigen Verzinsung auf lange Zeit zur Verfügung stellen.

Hierin unterscheiden sich die Sozialdemokraten im Deutschen Reich wesentlich von der Wohnungspolitik, die in Wien betrieben wird. Was von den reichsdeutschen Gemeinden gilt, trifft auch auf den preussischen Landtag zu. Dieser steht unter starkem sozialdemokratischem Einfluss, hat aber selbst keine einzige Wohnung gebaut, sondern die gemeinnützige Bautätigkeit in der grosszügigsten Weise gefördert. Dort ist der Siedler an dem Tag, an dem er das Haus übernimmt, unbeschränkter Eigentümer. Bei uns muss der Siedler nach dreissig Jahren das Haus in das Eigentum der Gemeinde übergeben und ist dann nur Mieter in seinem eigenen Haus. Es wäre sehr empfehlenswert, wenn Sie einmal ein Privatissimum über die Wohnungspolitik bei den reichsdeutschen Sozialdemokraten nehmen würden.

Ich habe wiederholt in diesem Saale darauf verwiesen, dass wir nicht gegen die öffentliche Wohnbautätigkeit sind. Ich selbst würde gegen meine eigenen Grundsätze verstossen, weil ich dem öffentlichen Bautätigkeit in diesem Saale heimatsberechtigt gemacht habe. Aber natürlich, darf die öffentliche Bautätigkeit nicht in dem Umfang erfolgen, wie seit 1923. Dazu ist die Gemeinde wahrhaftig nicht berufen. Das ist auch politisch gar nicht klug, denn ich prophezeihe Ihnen, dass Sie Ihre Wohnbauten in zehn Jahren ganz anders beurteilen werden, ja dass Sie darüber fluchen werden, dass Sie in einem solchen Umfang gebaut haben. Sie werden da noch Ihre blauen Wunder erleben. Jetzt sind Sie noch in einem verhältnismässig guten Situation. Sie suchen sich die Mieter aus, prüfen ob die den Zinszahlen können und überlassen alle anderen Familien den privaten Hausbesitzern. Aber es wird auch die Zeit kommen müssen, wo Sie die sogenannten Lumpenproletarier, die die Fensterbretter, Fussböden und Türstöcke verheizen, in Ihre Häuser aufnehmen werden. Die Zeit wo aus der Wohnungsfürsorge ein Teil der Armenfürsorge wird. Aber das ist schliesslich nicht unsere Sorge (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit). Ich freue mich wenigstens in diesem Punkt Ihre einmütige Zustimmung gefunden zu haben. Wir wollen also durchaus nicht grundsätzlich die öffentliche Bautätigkeit ablehnen. Was wir wünschen ist, dass Sie diese öffentliche Bautätigkeit nicht vollziehen auf Kosten des Wirtschaftslebens. Sie haben fünfzig Millionen Schilling auf drei Jahre zu sechs Prozent den Gewerbetreibenden zur Verfügung gestellt. Sie sagen selbst, dass ein ganz gewaltiges Kreditbedürfnis unter den Gewerbetreibenden besteht. Aber vergessen Sie doch nicht, dass Sie aus diesem kreditbedürftigen Wirtschaftsleben in einem Jahr siebzig Millionen Schilling herausholen. Sie nehmen also um zwanzig Millionen in einem Jahr mehr heraus, als Sie in drei Jahren an Kredit gegen Verzinsung zur Verfügung stellen. Bei einer solchen Ausschöpfung der Kapitalkraft unseres Wirtschaftslebens, muss das Kreditbedürfnis immer mehr steigen. Wir sind der Meinung, dass die städtischen Bauten, wenn Sie schon von dem Umfang nicht abzubringen sind, auf Grund einer Anleihe durchzuführen sind. Eine Anleihe, die Ihnen die Möglichkeit gibt, um siebzig Millionen jährlich an Steuern einzuheben. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Sie bewegen sich ständig in einem Widerspruch. Sie sagen, dass wenn dieses Wohnbauprogramm fertiggestellt ist, dann ist von einer Wohnungsnot keine Rede mehr. Dann sind aber auch die Argumente hinfällig, die Sie gegen die Wohnbauanleihe anführen. Sie werden aber in fünf Jahren

vor einer Enttäuschung stehen. Schon 1923 haben Sie gesagt, dass Ihr Wohnbauprogramm die Wohnungsnot beseitigen wird. Jetzt kann man das freilich nicht feststellen, weil Sie keine Klassifikationen entgegennehmen. Die Menschen, die eine Wohnung suchen, sind aber da wenn Sie auch nicht mehr registriert werden. Es kann sich aber auch ergeben, dass Sie bei einem Wohnbauprogramm auf fünf Jahre eine neue Steuer zur Bedeckung brauchen, weil die Wohnbausteuer nicht mehr ausreicht. Bei Aufnahme einer Wohnbauanleihe könnten Sie ein Bauprogramm für zehn Jahre aufstellen und wären in der Lage fünf Jahre hindurch siebzig Millionen an Steuern zu ersparen und weitere fünf Jahre hindurch fünfunddreissig Millionen an Steuernachlässen der Wirtschaft zu geben. Sie werden zugeben, dass Sie das befolgen müssten, wenn es Ihnen mit der Gewerbefreundlichkeit, die Sie vor den Wahlen zur Schau getragen haben, ernst gewesen wäre. Wir verlangen, dass Sie die Wohnhausanlagen auf Grund einer Anleihe machen. Wenn Stadtrat Weber damals gesagt hat, dass in Deutschland die amerikanischen Kredite nicht benützt werden, so mag das richtig sein. Im deutschen Reich ist die Notwendigkeit der Aufnahme von Dollarkrediten nicht mehr notwendig, weil die Bautätigkeit bereits die Grenze der technischen Möglichkeit erreicht hat. Es fehlt dort an Bauarbeitern und Baumaterialien, deshalb entfällt auch die Notwendigkeit der Kreditaufnahme. Wenn Sie können, dann führen Sie die Kredite herein nach Oesterreich, damit Sie hier produktiv und befruchtend einwirken und die Steuerkraft unseres Volkes schonen.

Es wird immer auf den Bund verwiesen. Sie sagen, der Bund tut gar nichts. Das ist nicht wahr. Bei uns ist eben die Wohnbausteuer eine Landessteuer. Aber es tut auch der Bund das Seine. Für jeden Arbeiter, der am Gemeindebau beschäftigt ist, zahlt der Bund die produktive Arbeitslosenfürsorge. Freilich zahlt der Bund nur zwölf Prozent, aber bis zur Verrechnung mit den Unternehmern, stellt der Bund den vollen Beitrag zur Verfügung und verliert dadurch grosse Beiträge als Interkalarzinsen. Es sind grosse Summen, die aus der produktiven Arbeitslosenversicherung für die Bautätigkeit der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden und es wäre interessant, wenn der Referent uns darüber einige Zahlen mitteilen würde. Wir wissen, dass der Bund auch durch seinen Wohnungs- und Siedlungsfond den Baugenossenschaften stark geholfen hat. Er ist auch an der Gesiba mit fünfzig Prozent beteiligt, darf dort fünfzig Prozent leisten, aber zu reden hat er nicht und aufblasen tut sich der Referent hier im Gemeinderat. Wir wünschen nochmals Aufklärung darüber, ob die hier angesprochenen zehn Millionen Schilling wirklich zur Beschleunigung der Wohnbautätigkeit dienen oder ob sie nur den Ueberschuss verdecken sollen (Beifall).

Einladung des Bürgermeisters an Chamberlin. Bürgermeister Seitz hat an die Ozeanflieger Chamberlin und Levine nach Berlin folgendes Telegramm gerichtet: Hoherfreut über die beabsichtigte Landung auf Wiener Boden würde es sich die Verwaltung der Stadt Wien zur Ehre anrechnen, die beiden Männer, die ein Weltmeer im Fluge überwunden haben, am Montag abends im Wiener Rathaus begrüssen zu können.

Strassenbahn- und Autobusverkehr nach Aspern. Anlässlich der Ankunft des amerikanischen Flieger am Sonntag auf dem Flugfeld bei Aspern wird auf den bestehenden Linien von der Reichsbrücke nach Kagran und von Kagran nach Aspern ein verstärkter Verkehr eingerichtet. Mit Rücksicht auf die eingleisigen Strecken und die Fahrbeschränkungen auf der Reichsbrücke kann dieser Verkehr jedoch nur einen Teil der zum Flugfeld strebenden Menschen befördern. Es wird deshalb auch die Linie 16 nach Stadlau verstärkt werden und im Anschluss an diese Linie ein Autobusverkehr von Stadlau bis zum Flugfeld eingerichtet. Der Fahrpreis auf diesen Autobussen beträgt fünfzig Groschen. Ausserdem werden auch die Bundesbahnen vom Ostbahnhof aus einen Pendelverkehr zum Flugfeld einrichten.

Vierter Bogen.

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Siegel dass im Budget für das verflossene Jahr 96 Millionen Schilling eingestellt waren. Es musste dann noch ein weiterer Kredit von zehn Millionen Schilling in Anspruch genommen werden. Da aber das Wetter im November und Dezember das Bauen sehr begünstigte, langten auch die 106 Millionen Schilling nicht aus und deshalb musste der Zuschusskredit angesprochen werden. Während der weiteren Ausführungen des Stadtrates Siegel ^{kommt} es dann wiederholt zu lebhaften Szenen. Stadtrat Siegel erwidert auf die Anwürfe des Gemeinderates Kunschak. Er erklärt, dass Peus ein Fanatiker ist mit dem man nicht reden kann. Peus kennt nur die Siedlungsbewegung und sonst nichts anderes. Aber auch im Lager der Christlichsozialen finden sich zum Gegenteil von Peus Hasser des Siedlungsgedankens. Finanzminister Dr. Kienböck ist zum Beispiel so einer. Wenn Herr Gemeinderat Kunschak davon gesprochen hat, dass die Siedler zu grosse Amortisationskosten zahlen müssen, so ist das nicht richtig. Für eine Wohnfläche von sechzig Quadratmeter und eine Gartenfläche von etwa dreihundert Quadratmeter zahlt der Siedler monatlich zehn Schilling.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St. R. Siegel beantragt die Fertigstellung von Lagerräumen im städtischen Reservegarten in der Enns-gasse zu bewilligen. Die Kosten betragen 35.000 Schilling.

Nach einer Anfrage des Gemeinderates Hörmayer (E. L.), ob das Gerücht, dass der Reservegarten verlegt und an dieser Stelle gebaut werden soll wahr sei, erklärt Stadtrat Siegel, dass dort nicht gebaut werden wird. Der Antrag wird hierauf angenommen.

St. R. Siegel ersucht um Genehmigung des Wasserlieferungsvertrages mit der Gemeinde Oberlaa.

Dazu verlangt Gemeinderat Biber (E. L.) ausreichende Informationen, wie viel Wasser von der Wiener Hochquellenleitung abgegeben wird und was für ein Verhältnis zwischen dem Wasserverbrauch der Gemeinde und dem Verbrauch der Stadt Wien besteht. Es wurde wohl eine Tabelle vorgelegt, aber es wäre wünschenswert, bei jedem Referat die entsprechenden Veränderungen bekannt zu geben. Der Antrag wird angenommen.

St. R. Siegel ersucht um die Genehmigung eines Nachtragskredites von 160.000, Schilling für die Mehrkosten beim Erweiterungsbau des Entbindungshauses

G. R. tin Schlössinger (E. L.) bringt den bedauerlichen Unglücksfall zur Sprache, der sich vor einigen Wochen im Brigittaspital zugetragen hat. Die Gemeinde habe die Pflicht, alle Vorsorge zu treffen, dass sich solche Unglücksfälle nicht mehr wiederholen. Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte werden die Wasserlieferungsverträge mit Schwechat, Rannersdorf, Mauer, Klosterneuburg, Weidling, Kierling und Kritzendorf nach einem Referat des Stadtrates Siegel angenommen. Ebenso wird ohne Debatte der Wohnhausbau in der Beringgasse, der vom Architekten Hoppe erbaut werden wird, genehmigt.

St. R. Speiser (soz. dem.) referiert über die Abänderung verschiedener Dienstverträge.

G. R. Gschladt (E. L.) beschwert sich, dass unter der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung die städtischen Angestellten unfrei sind

Auf seine Anwürfe erwidert Stadtrat Speiser, dass diese Behauptungen vollkommen unrichtig sind.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Schliesslich referiert Stadtrat Speiser über die Neuregelung der Pensionsbezüge der niederösterreichischen Landesbeamten und Lehrpersonen sowie der Hinterbliebenen nach solchen. Diese Pensionisten sind Altpensionisten.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Die Sitzung wird um halb 11 Uhr nachts geschlossen.